



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Sessionsvorschau Wintersession 2022 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

Der **Nationalrat** behandelt in der anstehenden Wintersession mehrere Geschäfte, die sich mit den Schattenseiten des Internets auseinandersetzen und Kinder vor bestehenden Gefahren schützen wollen. Die Parlamentarische Initiative «[Neuer Straftatbestand Cybermobbing](#)» beispielsweise fordert, dass das Strafgesetzbuch um den Straftatbestand "Cybermobbing" zu ergänzen sei. Die Rechtskommission des Nationalrates hat das Geschäft vor Kurzem beraten. Basierend auf den Erkenntnissen des Berichts des Bundesrates vom 19. Oktober 2022 in Erfüllung des Postulats 21.3969 («[Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch](#)»), entschied die Kommission, dass im Strafgesetzbuch eine entsprechende Ergänzung eingefügt werden solle. Damit stellte sie sich gegen die Empfehlungen des Bundesrates.

Als Teil des bundesrätlichen Geschäfts «[Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht](#)», hat sich die Rechtskommission des Nationalrates intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob Cybergrooming (das Anbahnen von sexuellen Kontakten mit Minderjährigen im Internet) als neuer Straftatbestand im Strafgesetzbuch aufgenommen werden sollte. Die Kommission ist der Ansicht, dass die digitale Belästigung von Kindern und Jugendlichen im Internet ein grosses Problem darstellt. Sie beantragt ihrem Rat deshalb die Aufnahme eines entsprechenden, als Antragsdelikt ausgestalteten Artikels ins Strafgesetzbuch, womit sie auch eine von Viola Amherd eingereichte und von Nationalrat Bregy übernommene parlamentarische Initiative umzusetzen gedenkt ([Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen](#)).

Der **Ständerat** befasst sich in der kommenden Session mit zwei Geschäften zum Thema Gewalt an Kindern. Die Motion «[Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern](#)» möchte den Bundesrat beauftragen, das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) zu verankern. Damit sollen die Kinder vor körperlicher Bestrafung, seelischen Verletzungen und anderen entwürdigenden Massnahmen geschützt werden. Ein explizites Recht auf gewaltfreie Erziehung würde Eltern Orientierung bieten und Fachpersonen bei der Prävention unterstützen. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz hat dazu gemeinsam mit Kinderschutz Schweiz und Alliance Enfance [Stellung genommen](#). Denn nach wie vor erleben viele Kinder in der Schweiz Gewalt in der Erziehung. Jedes zwanzigste Kind wird zu Hause regelmässig körperlich bestraft. Gar jedes vierte Kind erfährt regelmässig psychische Gewalt. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz fordert ein klares Bekenntnis zum Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung. Der Nationalrat hat der Motion bereits entgegen dem Willen des Bundesrats mit 111 zu 79 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Zudem behandelt der Ständerat in dieser Session die Motion «[Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind](#)». Das Miterleben von Gewalt gegen einen Elternteil oder eine nahe Bezugsperson ist für Kinder eine Form der psychischen Gewalt, die gravierende Folgen haben kann. Diese Kinder sind aktuell nicht systematisch statistisch erfasst. Der Nationalrat behandelte die Motion als Erstrat und stimmte der Motion zu.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Sessionswoche 1

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
28.11.2022	29.11.2022	30.11.2022	01.12.2022	02.12.2022

Motion

Bulliard-Marbach
Christine

**Statistik über Kinder,
die Zeuginnen und
Zeugen von häuslicher
Gewalt sind**

20.3772

Sessionswoche 2

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
05.12.2022	06.12.2022	07.12.2022	08.12.2022	09.12.2022

Geschäft des Bundesrates

**Strafrahmenharmonisi-
erung und Anpassung
des Nebenstrafrechts
an das neue
Sanktionenrecht**

18.043

Parlamentarische Initiative

Regazzi Fabio

**Pädokriminalität im
Internet endlich
wirksam bekämpfen**

19.486

Parlamentarische Initiative

Suter Gabriela

**Neuer Straftatbestand
Cybermobbing**

20.445



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Parlamentarische Initiative

Massnahmen gegen die illegale Migration (1/9). Sogenannte Sans-Papiers von der Versicherungspflicht ausnehmen

21.445

Parlamentarische Initiative

Töngi Michael

Kindern und Jugendlichen die Einbürgerung ohne Niederlassungsbewilligung ermöglichen

22.419

Motion

RK-SR

Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel

22.3369

Sessionswoche 2

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
05.12.2022	06.12.2022	07.12.2022	08.12.2022	09.12.2022

Motion

Gugger Niklaus-Samuel

Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids#

20.3374

Parlamentarische Initiative

Masshardt Nadine

Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse

21.429



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
12.12.2022	13.12.2022	14.12.2022	15.12.2022	16.12.2022
			Parlamentarische Initiative Kessler Margrit Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter 15.434	

Sessionswoche 3

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
12.12.2022	13.12.2022	14.12.2022	15.12.2022	16.12.2022
Motion Herzog Eva EO-Entschädigungen. Gleiche maximale Tagessätze bei Militärdienst und Mutterschaft 22.4019		Motion Bulliard-Marbach Christine Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern 19.4632		
		Motion Paganini Nicolo Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz 22.3250		
		Motion RK-NR Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption 22.3382		
		Motion RK-NR Alle Kinder ab Geburt rechtlich absichern 22.3383		



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Wintersession 2022

Geschäft des Bundesrates

[18.043](#)

Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Als Teil des bundesrätlichen Geschäfts «Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht», hat sich die Rechtskommission des Nationalrates intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob das sogenannte "Cybergrooming", also das Anbahnen von sexuellen Kontakten mit Minderjährigen im Internet, als neuer Straftatbestand im Strafgesetzbuch aufgenommen werden sollte, wie dies die RK-S in ihrer Vernehmlassungsvorlage zum Sexualstrafrecht zur Diskussion gestellt hatte. Die nationalrätliche Kommission ist der Ansicht, dass die digitale Belästigung von Kindern und Jugendlichen im Internet ein grosses Problem darstellt. Sie beantragt ihrem Rat deshalb mit 22 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Aufnahme eines entsprechenden, als Antragsdelikt ausgestalteten Artikels ins Strafgesetzbuch, womit sie auch eine von Viola Amherd eingereichte und von Nationalrat Bregy übernommene parlamentarische Initiative umzusetzen gedenkt ("[Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen](#)"). Die Kommission hat die Vorlage überdies zum Anlass genommen, dem Rat eine Änderung der Verjährungsfristen in Artikel 101 Absatz 1 Buchstabe e StGB zu beantragen. Bereits heute sind Sexualdelikte unverjährbar, wenn sie an Kindern unter 12 Jahren begangen werden. Mit 11 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen beantragt die Kommission dem Rat, diese Altersgrenze auf 16 Jahre zu erhöhen.

Im grösseren Kontext geht es in diesem Geschäft um die generelle Sanktionierung von Straftaten. Gewalt- und Sexualdelikten, die oftmals an Frauen und Kindern begangen werden, sollen künftig härter bestraft werden. Bei einer sexuellen Handlung mit einem Kind unter 12 Jahren, die nicht einer Vergewaltigung entspricht, soll eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe eingeführt werden, weil Kinder besonders schutzbedürftig sind. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

Parlamentarische Initiative

[15.434](#)

Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Die Initiative verlangt, dass das Erwerbsersatzgesetz und das Obligationenrecht so angepasst werden, dass bei einem Todesfall der Mutter innerhalb von 14 Wochen nach der Geburt der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen vollumfänglich dem Vater gewährt wird. Beide Kommissionen gaben der Initiative Folge, worauf die SGK-N einen Entwurf ausarbeitete und diesen in die Vernehmlassung schickte. Im August 2022 nahm die SGK-N die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Kenntnis, und verabschiedete mit 17 Stimmen bei 4 Enthaltungen ihren Entwurf zuhanden des Rates. Eine Minderheit unterstützt die ursprüngliche Vernehmlassungsvorlage, welche einen Urlaub von insgesamt 16 Wochen vorsieht und auch der hinterbliebenen Mutter einen zusätzlichen zweiwöchigen Urlaub gewährt. Eine zweite Minderheit beantragt eine grosszügigere Lösung von insgesamt 20 Wochen. Nun geht das Geschäft in den Nationalrat.



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Parlamentarische Initiative

[19.486](#)

Pädokriminalität im Internet endlich wirksam bekämpfen

Die Initiative fordert, dass die Strafprozessordnung dahingehend zu ändern sei, dass verdachtsunabhängige verdeckte Ermittlungen im Zusammenhang mit pädosexuellen Straftaten auf Bundesebene möglich sind. Die RK-N hat mit 11 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen an ihrem Beschluss, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben, festgehalten. Die Initiative wird diese Session im Nationalrat behandelt.

Parlamentarische Initiative

[20.445](#)

Neuer Straftatbestand Cybermobbing

Die parlamentarische Initiative verlangt, dass das Strafgesetzbuch um den Straftatbestand "Cybermobbing" zu ergänzen sei. Die RK-S hatte im Januar 2022 mit 8 zu 5 Stimmen entschieden, der parlamentarischen Initiative vorerst keine Folge zu geben, um zunächst den Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats ihrer Schwesterkommission abwarten. Die Rechtskommission des Nationalrates hat am 11. November 2022 über das Geschäft beraten. Die Kommission hat zunächst den Bericht des Bundesrates vom 19. Oktober 2022 in Erfüllung des Postulats 21.3969 («Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch») zur Kenntnis genommen. Anders als der Bundesrat hält die Kommission daran fest, dass im Strafgesetzbuch eine Bestimmung eingefügt werden solle, welche Cybermobbing explizit mit Strafe ahndet. Sie beantragt deshalb ihrem Rat mit 17 zu 7 Stimmen, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben. Die Initiative wird diese Session im Nationalrat behandelt.

Parlamentarische Initiative

[21.429](#)

Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse

Die Initiative verlangt, dass die politische Bildung in der Berufsbildung als besondere Leistung im öffentlichen Interesse definiert wird, damit sich der Bund im Rahmen der bewilligten Kredite auch an diesen Kosten beteiligen kann.

Die nationalrätliche Bildungskommission gab der Initiative mit 13 zu 12 Stimmen keine Folge. Der Nationalrat folgt der Empfehlung der vorberatenden Kommission jedoch nicht und gab der Initiative mit 97 zu 86 Stimmen bei vier Enthaltungen Folge. Die WBK-S beantragte nun am 8. November 2022 mit 7 zu 3 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Die Kommissionsmehrheit war der Ansicht, dass es keines neuen Fördertatbestandes bedürfe, um die politische Bildung im Bereich der Berufsbildung bundesseitig zu unterstützen. Auf der Grundlage von Artikel 54 verfüge der Bund bereits über die Möglichkeit, entsprechende Projekte zu fördern. Politische Bildung sei zudem ohnehin Bestandteil des Rahmenlehrplans. Eine Minderheit beantragt, der Initiative Folge zu geben, und weist auf den in verschiedenen Studien aufgezeigten grossen Bedarf an politischer Bildung insbesondere bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern hin. In der nächsten Session befindet der Ständerat über die parlamentarische Initiative.



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Parlamentarische Initiative

[21.445](#)

Massnahmen gegen die illegale Migration (1/9). Sogenannte Sans-Papiers von der Versicherungspflicht ausnehmen

Gemäss Artikel 3 Absatz 1 KVG ist jede Person mit Wohnsitz in der Schweiz der Versicherungspflicht unterstellt. Darunter fallen auch Menschen ohne geregelte Aufenthaltsstatus (*Sans-Papiers*), die sich mit der Absicht dauernden Verbleibens in der Schweiz aufhalten. Sie sind krankenversichert und erhalten sämtliche Leistungen der Krankenversicherungen. Die Initiative fordert, dass Artikel 3 KVG um einen Absatz 5 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen sei: Wer sich illegal und ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz aufhält, ist von der Versicherungspflicht ausgenommen. Von der Initiative mitbetroffen wären auch viele Kinder. Die Initiative gefährdet das Recht dieser Kinder auf Zugang zur medizinischen Grundversorgung, welches die Bundesverfassung (Art. 11 und 41) und die UN-Kinderrechtskonvention (Art. 2 und 24) garantieren.

Nachdem das Geschäft in der Herbstsession 2022 nicht im Nationalrat behandelt wurde, wird dies in dieser Session nachgeholt.

Parlamentarische Initiative

[22.419](#)

Kindern und Jugendlichen die Einbürgerung ohne Niederlassungsbewilligung ermöglichen

Die Initiative möchte das Bürgerrechtsgesetz dahingehend anpassen, dass Kinder und Jugendliche mit einem Aufenthaltsstatus F und B die Möglichkeit zur Einbürgerung erhalten. Die anderen Voraussetzungen bleiben erhalten. Mit 13 zu 11 Stimmen lehnte die SPK-N im Oktober 2022 die parlamentarische Initiative ab. Die Mehrheit der Kommission ist generell gegen eine schnelle Kadenz von Gesetzesänderungen und ist der Meinung, dass der Gesetzgeber den diesbezüglichen Entscheid zum Kriterium der Niederlassungsbewilligung bei der Revision des BÜG in Kenntnis der Fakten gefällt hat. Für Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung besteht die Möglichkeit, vorerst eine Niederlassungsbewilligung zu beantragen. Eine Minderheit der Kommission möchte der Initiative Folge geben. Diese Kinder und Jugendlichen besuchen die Schule und erfüllen die Kriterien der Integration. Da sie aber den Aufenthaltsstatus ihrer Eltern erhalten, haben sie schlechtere Startchancen. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.

Motion

[19.4632](#)

Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) zu verankern. Damit sollen die Kinder vor körperlicher Bestrafung, seelischen Verletzungen und anderen entwürdigenden Massnahmen geschützt werden. Der Nationalrat hat der Motion bereits entgegen dem Willen des Bundesrats mit 111 zu 79 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Die RK-S hat mit 8 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Motion angenommen. Nun wird der Vorstoss im Ständerat behandelt.



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Motion

[20.3374](#)

Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids#

Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Anpassungen vorzulegen, um Jugendliche besser vor pornografischen Inhalten im Internet zu schützen. Konkret sollen Fernmeldediensteanbieter verpflichtet werden, Zugangssperren über Anbieter zu verfügen, die pornografische Inhalte im Sinne von Artikel 197 Absatz 1 StGB verbreiten, ohne hinreichende technische Vorkehrungen zum Schutz von Personen unter 16 Jahren zu treffen. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Aus seiner Sicht sind diejenigen Massnahmen, die der Bundesrat zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Pornografie im Internet durchsetzen kann, bereits umgesetzt oder stehen kurz davor.

Mit 9 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen beantragt die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats (KVF-S) ihrem Rat, die Motion anzunehmen. Die Kommission teilt die Ansicht des Motionärs, wonach der Schutz der unter 16-Jährigen vor pornographischen Inhalten gestärkt werden muss. So schützen die derzeit üblichen Warnmeldungen der Anbieterinnen und Anbieter der entsprechenden Internetplattformen die Jugendlichen ihres Erachtens nicht genügend. Das vorgeschlagene Instrument einer Netzsperrung für Plattformen, die ihrer Pflicht zum Kinder- und Jugendschutz nicht ausreichend nachkommen, erachtet die KVF-S (?) dabei als prüfenswert. Gleichzeitig weist sie aber auch darauf hin, dass andere technische Lösungen in Betracht gezogen werden sollen. Das Geschäft kommt nun in den Ständerat.

Motion

[20.3772](#)

Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Anzahl Kinder, die Zeuginnen oder Zeugen von häuslicher Gewalt sind, statistisch zu erfassen. Diese jährliche oder zumindest in regelmässigen Abständen geführte Statistik wird aufzeigen, wie viele Kinder in Haushalten gemeldet sind, in denen Polizeiansätze aufgrund von häuslicher Gewalt stattfinden. Der Bundesrat erachtet die bereits vorliegenden Statistiken als ausreichend und beantragt, die Motion abzulehnen. Der Nationalrat behandelte die Motion als Erstrat und stimmte der Motion mit 111 zu 75 Stimmen bei drei Enthaltungen zu. Die WBK-S erachtet es als wichtig, die Anzahl Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind, regelmässig statistisch zu erfassen. Daher beantragt sie ihrem Rat mit 5 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Motion anzunehmen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Motion

[22.3250](#)

Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen die für eine Ratifizierung des Haager Unterhaltsübereinkommens von 2007 notwendige angepasste Behördenorganisation im Bereich des internationalen Unterhaltsinkassos zu schaffen. Die neue Behördenorganisation sorgt im Bereich der internationalen Alimenteninkassoverfahren dafür, dass die Sachbearbeitung bei möglichst wenigen Stellen in den Kantonen oder im Verbund mehrerer Kantone oder bei einer ausschliesslich oder subsidiär tätigen Bundeszentralbehörde konzentriert wird, um Fachwissen und Erfahrung zu gewährleisten. Anschliessend soll der Bundesrat dem Parlament die Ratifikation des Übereinkommens mit der dafür nötigen Umsetzungsgesetzgebung unterbreiten. Im Oktober 2022 hat die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates ihrem Rat einstimmig beantragt, die Motion anzunehmen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Motion

[22.3369](#)

Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Nationalen Aktionsplan Menschenhandel (NAP) zu erstellen unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Evaluation des NAP 2017-2020. Der Evaluationsbericht zeigte die Notwendigkeit eines weiteren, dritten Aktionsplanes auf. Dieser soll sich auf diejenigen Bereiche konzentrieren, bei welchen weiterhin Handlungsbedarf besteht. Dazu gehört insbesondere der Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft. Auch die Strafverfolgung und die Opferunterstützung sollen weiter gestärkt und der Bereich Cybercrime neu berücksichtigt werden. Die Kommissionen für Rechtsfragen des Nationalrates hat die Motion mit 16 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.

Motion

[22.3382](#)

Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption

Die Kommissionsmotion der RK-N fordert, dass die gesetzlichen Bestimmungen so angepasst werden, dass bei der Stiefkindadoption auf das einjährige Pflegeverhältnis gemäss Art. 264 Abs. 1 ZGB verzichtet wird, wenn der leibliche Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mit der adoptionswilligen Person eine faktische Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt führt. Zusätzlich ist zu prüfen, auf welche weiteren Voraussetzungen in einem solchen Fall verzichtet werden kann, bzw. wo in einem solchen Fall weitere Erleichterungen angebracht sind. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion. Ebenfalls der Nationalrat hat die Motion angenommen. Die RK-S hat sich mit 7 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Annahme der Motion ausgesprochen. Die Kommission ist der Ansicht, dass im Interesse des Kindes an seiner rechtlichen Absicherung in diesen Konstellationen bei einer Stiefkindadoption auf das einjährige Pflegeverhältnis verzichtet werden kann, ohne dass an den Voraussetzungen einer Adoption etwas geändert wird. Als nächstes geht das Geschäft in den Ständerat.

Motion

[22.3383](#)

Alle Kinder ab Geburt rechtlich absichern

Die Rechtskommission des Nationalrates will den Bundesrat beauftragen, die gesetzlichen Vorschriften so anzupassen, dass bei der Elternschaftsvermutung (Art. 255 ZGB) die Bestimmung gemäss Art. 255a ausgeweitet wird auf Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren, die in einem fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland oder mittels einer privaten Samenspende gezeugt wurden, sofern gesichert ist, dass die Kenntnis der Abstammung gewährleistet ist. Dies soll analog den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes bzw. -Verordnung mittels Eintrags in das Spendenregister gemäss Art. 24 Fortpflanzungsmedizingesetz bzw. Art. 15 der Fortpflanzungsmedizinverordnung erfolgen oder in einem diesem äquivalenten Verfahren. Die RK-N hat mit 18 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung der Motion Folge gegeben. Eine Minderheit der Kommission (Addor, Fischer Benjamin, Kamerzin, Tuena) beantragt, die Motion abzulehnen. Der Nationalrat hat die Motion angenommen. Die RK-S hingegen hat mit 6 zu 4 Stimmen die Motion abgelehnt. Die Kommission ist der Ansicht, dass bei einer Samenspende im Ausland das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung nicht gewährleistet werden kann. Als nächstes behandelt der Ständerat die Motion.



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Motion

[22.4019](#)

EO-Entschädigungen. Gleiche maximale Tagessätze bei Militärdienst und Mutterschaft

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche denselben Höchstbetrag der Entschädigung pro Tag vorsieht für Mutterschaft und Militärdienst. Den Räten sind zwei Varianten zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat.